

Die Wirtschaftsform des Gebens

Autor(en): **Rohnheimer, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **95 (2015)**

Heft 1032

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Wirtschaftsform des Gebens

Christliche Sozialethiker haben es einst gewusst:
der Kapitalismus ist sozial.
Ein Einwurf aus katholisch-liberaler Sicht.

von Martin Rhonheimer

Das Wort «Kapitalismus» steht heute für Ungerechtigkeit, Rücksichtslosigkeit und Ausbeutung. Insbesondere in kirchlichen und sozial engagierten Kreisen wird dieser Wortgebrauch gepflegt. Zu Recht?

Der Terminus stammt nicht von Karl Marx, der die kapitalistische Produktionsweise zwar als Ausbeutungsmaschinerie verunglimpfte, sie aber als notwendiges Übel auf dem Weg ins Paradies auf Erden betrachtete. Das angebliche Unwort «Kapitalismus» wurde vielmehr von Max Weber und Werner Sombart als wirtschaftshistorischer Epochenbegriff geprägt – nicht im Sinne eines Schimpfwortes, sondern als historisch-typisierende Kategorie. Doch bereits grosse klassische Ökonomen wie Jean-Baptiste Say und David Ricardo nannten die Unternehmer und Produzenten bzw. ihre Kapitalgeber «Kapitalisten». Seit jeher gilt der Kapitalist als kaltherziger «Ausbeuter». Doch der Begriff «Kapitalismus» verdient eine vollumfängliche Rehabilitierung – gerade aus christlicher und sozialer Perspektive. Warum der Kapitalismus ein Erfolgsrezept und auch aus ethischer Sicht positiv zu beurteilen ist, möchte ich im folgenden begründen.

Das Erfolgsrezept des Kapitalismus liegt kurz gesagt darin, dass er eine Wirtschaftsform ist, in der privater Reichtum – er kann sehr bescheiden oder sehr gross sein – nicht als Konsumgut, sondern als Kapital verwendet wird. Zu «Kapital» wird Reichtum, wenn er produktiv investiert wird. Dadurch wird neuer Reichtum erzeugt, sei es unmittelbar in der Form eines grösseren Outputs von Gütern oder in der Form technologischer Innovation, die wiederum zu einem nachhaltigen Anstieg der Produktivität und der Reallöhne und damit des allgemeinen Wohlstands führen. Kapital sind auch die Produkte dieser Prozesse, sofern sie nicht konsumiert, sondern weiter im Produktionsprozess verwendet werden. Und schliesslich werden der immer höhere Ausbildungsstand und das spezialisierte Know-how im Besitz einzelner Personen zu Humankapital, wodurch auch die Unterscheidung zwischen Kapital und Arbeit zunehmend schwindet.

So überraschend es zunächst erscheinen mag: Kapitalismus ist letztlich die «Wirtschaftsform des Gebens». Wie George Gilder in seinem Buch «Wealth and Poverty» (1981/2012) überzeugend

Martin Rhonheimer

ist Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Hochschule Santa Croce in Rom sowie Mitbegründer und Präsident des sich im Aufbau befindenden Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien, wo er gegenwärtig lebt.

darlegt, besteht der erste Akt des Kapitalisten nicht im Nehmen, sondern im Geben – er gibt auf eigenes Risiko, ohne dafür zunächst eine Gegenleistung zu erhalten. Unmittelbare Nutzniesser seines Gebens sind diejenigen, die durch das produktive Investieren von Reichtum Arbeit und Lohn erhalten – und zwar sofort. Kapitalismus schafft zuallererst einmal neuen Reichtum in der Form von Arbeit und Löhnen – und damit Kaufkraft und Nachfrage, die neue Investitionen lohnend machen.

Die entlohten Arbeiter sind also die ersten und unmittelbaren Nutzniesser des Kapitalismus. Löhne sind vorgezogene Anteile am zukünftigen Unternehmensgewinn, deren Ausbezahlung nur dank unternehmerischer Leistung und Risikobereitschaft möglich ist. Der Unternehmer und Kapitalist erhält seinen Anteil – wenn überhaupt – erst viel später. Deshalb ist es auch nur gerecht, dass er, falls ihm nachhaltiger Erfolg beschieden ist, mehr erhält als die von ihm entlohten Arbeiter. Wäre das nicht der Fall, würde der entscheidende Antrieb wegfallen, sich überhaupt in dieser Weise zu betätigen. Allerdings wird sich der Kapitalist den grössten Teil des Unternehmensgewinnes nicht als Lohn ausbezahlen, sondern reinvestieren oder als Reserve für schlechte Zeiten zurückbehalten – was wiederum den jetzt und zukünftig von ihm Beschäftigten zugutekommt.

Gemäss der Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems kann nur reicher werden, wer auch andere reicher macht. Im Gegensatz zum Kapitalismus ist der Sozialismus die Wirtschaftsform des Nehmens. Im Sozialismus wird verteilt, was anderen zuvor weggenommen wurde, theoretisch so lange, bis alle – ausser die privilegierte Schicht der Verteiler und Planer – gleich arm sind. Das gilt in mehr oder minder gleichem Masse für alle Spielarten des wirtschaftlichen Etatismus, angefangen vom Merkantilismus vergangener Zeiten bis hin – wenn auch subtiler und weniger be-



«Der Begriff «Kapitalismus» verdient eine Rehabilitierung – gerade aus christlicher und sozialer Perspektive.»

Martin Rhonheimer

Martin Rhonheimer, Bild: zvg.

merkt – zum interventionistischen und umverteilenden Sozialstaat der Gegenwart.

Der Kapitalismus ist von der Idee her die effizienteste, ja die einzige Wirtschaftsordnung, durch die alle Menschen und nicht nur eine kleine Gruppe von Funktionären zu Wohlstand gelangen können. Einige werden dabei sehr reich. Aber reich können sie eben nur werden, weil sie Erfolg hatten – die Rentabilität ihres Geschäftsmodells ist dessen Ursache und der Gewinn sein Gradmesser –, und Erfolg setzt voraus, dass sie zuvor auch andere reicher gemacht und den allgemeinen Wohlstand angehoben haben. Deshalb ist die dadurch entstandene materielle Ungleichheit auch kein moralisches Problem. Ein sowohl moralisches wie auch ökonomisches Problem wäre in entwickelten Gesellschaften materielle Ungleichheit nur dann, wenn sie auf einem permanenten Ausschluss unterster sozialer Schichten von Bildung und damit dem Erwerb von jenem Humankapital beruhte, das ihnen ermöglicht, sich auf einem angemessenen Niveau in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der Kapitalismus gründet auf dem Schutz des Privateigentums – insbesondere des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Privateigentum ist nicht ein Problem, sondern die Lösung eines Problems: des Problems der Knappheit der Güter dieser Welt, des Problems der Massenarmut und des Problems der Beschränkung von Wohlstand auf eine kleine privilegierte Minderheit, zu der man nicht durch Leistung, sondern allein durch Abstammung gehört. Seinen Erfolg verdankt der Kapitalismus der Respektierung der Tatsache, dass Menschen freie und selbstverantwortliche Individuen sind, die ihren eigenen Präferenzen folgen. Kreativität und Innovation können nicht von oben verordnet, geplant oder gesteuert werden, sondern haben ihren Ursprung vielmehr im unternehmerischen Handeln des einzelnen. Die kapitalistische Marktwirtschaft entspricht genau diesem Grundzug der menschlichen Natur.

Die erste grosse Sozialenzyklika der katholischen Kirche, die Enzyklika «Rerum novarum» (1891) von Leo XIII., wusste um diese Zusammenhänge. Sie beinhaltet eine noch heute lesenswerte Verteidigung des Privateigentums und eine Verurteilung des Sozialismus. Sie zeigt auf, dass gerade die Verteidigung des Privateigentums eine tiefe Verwurzelung in der christlichen Tradition bis hin zu den Kirchenvätern besitzt, dass Marktwirtschaft und freies Unternehmertum wesentliche Bestandteile der kirchlichen Soziallehre sind. Woher kommt also die Vorstellung eines «wilden», ungezügelter Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, der schliesslich in die Katastrophe geführt habe? Sie stammt ursprünglich von den sogenannten Kathedersozialisten des 19. Jahrhunderts, wurde von Bismarck in seinem Kampf gegen das angeblich schädliche «Manchestertum» gefördert und ist seither zu einer von Kritikern der freien Marktwirtschaft gehätschelten Legende geworden. Sie liegt, dies sei hier ebenfalls erwähnt, der später publizierten päpstlichen Enzyklika «Quadragesimo anno»

(1931) von Pius XI. zugrunde und wurde auch von den Neoliberalen der ersten Stunde – etwa Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke – verbreitet.

Der bekannte katholische Sozialethiker Johannes Messner, ein notorischer Kapitalismuskritiker, schrieb indes ehrlicherweise in der achten Auflage von 1964 seines Buches «Die soziale Frage» über das kapitalistische England: «Von 1800 bis 1913 hat sich dort die Bevölkerung verfünffacht, das Gesamteinkommen verzehnfacht, die Preise sind auf die Hälfte gesunken, das durchschnittliche Real Einkommen des einzelnen hat sich vervierfacht; dabei ist die Dauer der Arbeit für den einzelnen fast auf die Hälfte gesunken, dazu ausserdem die Kinderarbeit völlig ausgeschaltet und die Frauenarbeit sehr eingeschränkt worden.» Für Deutschland, so Messner, gelte Ähnliches, ja mehr noch: im 19. Jahrhundert sei in Deutschland die Bevölkerung um 44 Millionen angestiegen, dennoch hätten sich die Reallöhne mindestens verdoppelt und die Arbeitszeit um ein Drittel verringert. Dies ist in der Geschichte der Menschheit absolut beispiellos. Die Segnungen von Industrialisierung und technologischem Fortschritt, das stetige Anwachsen des Massenwohlstandes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind das Werk des Kapitalismus und der durch ihn bewirkten technologischen Innovation, der dadurch verursachten Produktivitätssteigerung des einzelnen Arbeiters und in der Folge höherer Reallöhne und besserer Arbeitsbedingungen – und nicht Folge von Gesetzen oder von gewerkschaftlichem Aktivismus. Henry Ford konnte in seinen Fabriken bereits vor dem Ersten Weltkrieg den Achtstundentag einführen – Jahrzehnte bevor solches in den USA gesetzlich vorgeschrieben wurde.

Meine These ist, dass aus christlicher Sicht nicht nur nichts Schlimmes am Kapitalismus ist, sondern dass bei näherem Hinsehen der Kapitalismus gerade eine Wirtschaftsordnung ist, in der die Ideale christlicher Ethik und Soziallehre, die auf dem Bild des Menschen als freies und selbstverantwortliches Individuum gründen, am ehesten verwirklicht werden können – ganz besonders die Pflicht zur gemeinwohlfördernden Verwendung privaten Reichtums. Denn der Kapitalist – sei er nun selbst Unternehmer oder «nur» Investor, was aber auch eine unternehmerische Tätigkeit ist – ermöglicht mit seinem persönlichen Besitz die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitmenschen. Das heisst: er führt den grössten Teil seines persönlichen Reichtums einer sozialen nützlichen Verwendung zu, er generiert also «Gemeinwohl».

Natürlich ist damit nicht gemeint, Kapitalisten seien deshalb schon «gute Menschen». Sie können gute oder schlechte Menschen sein, im Rahmen ihrer unternehmerischen Freiheit immer noch gerecht oder ungerecht handeln, mitfühlend oder hartherzig sein. Aber insofern sie der Logik von Kapitalismus und Marktwirtschaft gemäss zu handeln verpflichtet sind, handeln sie, ganz unabhängig von ihren Absichten und moralischen Qualitäten, in einer Weise, die zumindest langfristig und aufs Ganze gesehen – also «gemeinwohlbezogen» – die Lage ihrer Mitmenschen verbes-

«Auch die Kirche sollte vermehrt zu Freiheit und Eigenverantwortung ermutigen.»

Martin Rhonheimer

sert und den Wohlstand aller anhebt. Auf dem Evangelium gründende Kritik von «Reichtum» muss auf einer ganz anderen Ebene liegen – nicht der Ebene des «Systems», sondern der individualethischen Ebene des Verhaltens innerhalb des Systems –; sie sollte also Kritik an jeder Form von Korruption oder dem Versuch von Unternehmern sein, durch Einflussnahme auf die Politik Subventionen oder gesetzliche Privilegien zu erhalten, die den freien Markt verzerren und andere Akteure im Markt benachteiligen. Wird hingegen christliche Reichtumskritik zur Kritik am Kapitalismus und an der freien Marktwirtschaft als «System», verfehlt sie ihr Ziel und schadet insbesondere den Ärmsten in dieser Welt.

Die Ungleichheit zwischen Reichsten und Ärmsten ist heute hierzulande sicher kleiner als vor zweihundert Jahren. Die Ärmsten haben heute in den entwickelten Ländern einen Lebensstandard, den damals nicht einmal die Reichsten geniessen konnten. Die meisten Güter, die heute massenweise genutzt werden, existierten damals noch gar nicht. Und wie Ludwig von Mises treffend bemerkte, ist der Luxuskonsum von gestern der Massenkonsum von heute (und ebenso wird, sofern es kapitalistisch weitergeht, der Luxuskonsum von heute – etwa ein Tesla-Elektroauto – der Massenkonsum von morgen sein).

Weil aber Menschen die Eigenart haben, sich ständig mit anderen zu vergleichen, können die real existierenden Unterschiede Neid verursachen. Dieser erzeugt aber keine gültigen Argumente gegen den Kapitalismus, sondern offenbart lediglich menschliche Schwäche und oft auch intellektuelle Trägheit. Nur weil es einigen besser geht, geht es deshalb niemandem schlechter, selbst wenn die Besserstellung gänzlich unverdient ist. Gemäss klassischer Ethik ist es für den weniger gut Gestellten ein Laster, also moralisch entwürdigend, deswegen unzufrieden zu sein oder gar

Trauer zu empfinden. Wer in Politik und Kirche Neidgefühle mit dem Hinweis auf die angebliche Ungerechtigkeit solcher Ungleichheit bedient und fördert, handelt also unverantwortlich. Was hier vielmehr nützt, ist Aufklärung darüber, dass diese Art von Ungleichheit in Wahrheit Motor des Fortschritts und Ursache des höheren Wohlstands künftiger Generationen sei.

Dennoch ist es landläufige Meinung, die Tendenz von Kapitalismus und freiem Markt müsse durch «sozialen Ausgleich», sprich: den Sozial- und Wohlfahrtsstaat, kompensiert werden. Doch scheint eher das Gegenteil wahr zu sein, wie immer mehr rechnen könnende Bürger zu verstehen beginnen: Der moderne Sozialstaat und seine hohen Staats- und Steuerquoten sind eines der grössten Hindernisse für die wohlstandsschaffende Dynamik des Kapitalismus, da er unternehmerisch Initiative behindert, ja davon abschreckt. Und zwecks Umverteilung leitet er enorme gesellschaftliche Ressourcen über Bürokratien, die oft nicht nur hochgradig ineffizient sind, sondern Kapital vernichten, weil die Verteilungsmaschinerie selbst riesige Summen kostet. Der moderne Sozial- und Betreuungsstaat hat uns eine öffentliche Verschuldung beschert, die nur noch dadurch tragbar ist, dass durch niedrige Zinsen die Sparer enteignet und die Funktionsfähigkeit der Pensionskassen untergraben wird und man die Last der Schuldentilgung auf die kommenden Generationen abwälzt. Ist das sozial?

Wenn von «sozialer Gerechtigkeit» gesprochen wird, sind wir leider heute gewohnt, sogleich an den Staat bzw. den Sozialstaat und Umverteilung zu denken. Doch «soziale Verantwortung» – und deshalb auch «soziale Gerechtigkeit» – ist eine Eigenschaft des Handelns von Individuen, keinesfalls notwendigerweise eine «Staatsaufgabe», und sie sind nicht Eigenschaften politisch ausgedachter Verteilungsmuster. «Soziale Verantwortung» ist Verantwortung nicht für ein diffus formuliertes «Gemeinwohl», des-

sen genauen Inhalt und dessen präzise Strukturierung niemand genau kennen kann, sondern Verantwortung für andere – für Mitmenschen – in überschaubaren Verhältnissen und konkreten Beziehungen. Natürlich gibt es Menschen, die aus irgendwelchen Gründen – oft unverschuldet – unfähig sind, unternehmerisch und selbstverantwortlich zu handeln. Für sie braucht es ein soziales Netz, möglichst vor Ort und immer darauf gerichtet, wenn möglich Hilfe zur Selbsthilfe zu sein. Der etatistische Sozialstaat, das darf nicht vergessen werden, verhindert aber unternehmerische und karitative Initiativen zugunsten der Bedürftigsten oft gerade dadurch, dass sein Betreuungseifer falsche Anreize setzt und zivilgesellschaftliche Solidarität mit Notleidenden abwürgt, indem er den Bürgern die für entsprechende Initiativen benötigten materiellen Ressourcen durch hohe Besteuerung aus der Tasche zieht.

Die Kritik des heutigen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der sich nur mit Hilfe des inflationären Missbrauchs des staatlichen Geldmonopols noch über Wasser halten lässt, hat nichts mit einer asozialen Haltung zu tun. Wer die individuelle Freiheit und Verantwortung verteidigt, ist deshalb nicht ein Mensch, dem die Not seiner Mitmenschen und die immer noch grassierende Armut in weiten Teilen der Welt gleichgültig sind. Im Gegenteil. Er setzt sich dafür ein, dass sie ebenfalls in Würde – frei und nicht bevormundet – leben und ihre selbstgesetzten Zwecke verfolgen können. Die Segnungen des umverteilenden Sozialstaates hingegen wirken wie süßes Gift. Sie machen Menschen vom Staat abhängig, machen die Familie als grundlegende Reproduktionsgemeinschaft weitgehend funktionslos, entsolidarisieren die Gesellschaft, machen uns auch wirtschaftlich ärmer und berauben uns der Ressourcen, die nötig wären, damit freie Initiative, ja die oft beschworene Zivilgesellschaft, auch für die Zukunft tragende Lösungen für Fragen der sogenannten «sozialen Gerechtigkeit» finden könnte.

Auch die Kirche, so glaube ich, sollte vermehrt zu Freiheit und Eigenverantwortung ermutigen, anstatt über Ungleichheit zu klagen und mehr Umverteilung zu fordern und für wirtschaftlich ruinöse Strukturhaltung zu plädieren. Gerade unter den Ärmsten in unterentwickelten Ländern sollte die Möglichkeit zu nachhaltigem kapitalistisch-unternehmerischem Tun gefördert werden: durch Rechtssicherheit, Eigentumsschutz und Abbau korrupter staatlicher Bürokratien.

Es gibt Alternativen zum umverteilenden und schuldenfinanzierten Sozialstaat, der uns und vor allem die kommenden Generationen ärmer macht, auch wenn er den ersten von ihm profitierenden Generationen den Anschein von Absicherung und Sicherheit verleiht. Es gab solche Alternativen bereits in der Vergangenheit, Millionen von Arbeitern waren etwa in England durch die weit verbreiteten *friendly societies* gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit privat versichert. In den USA waren es die *fraternal societies*. Doch diese durch den freien Markt spontan geschaffenen

Strukturen sozialer Sicherung und Solidarität wurden durch den aufkommenden Etatismus der sozialen Absicherung und durch die gesetzlich erzwungene Professionalisierung – sprich: Kartellierung – der Sozialarbeit zerstört oder überflüssig gemacht.

In seinem überaus lesenswerten Buch «Beyond the Welfare State» (2001) hat der in Schweden lebende und lehrende, aus Chile stammende Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Mauricio Rojas – ein ehemaliger Marxist und Anhänger Salvador Allendes – liberale Alternativen zum umverteilenden Sozialstaat entwickelt. Sie erweisen sich gerade deshalb als sozial, weil sie an Freiheit und Eigenverantwortung appellieren, anstatt die Bürger in die Abhängigkeit von staatlichen Bürokratien zu zwingen. Rojas plädiert dafür, dass wir uns daran gewöhnen sollten, das «Soziale» nicht mit dem, was der Staat mit Steuergeldern machen kann, zu identifizieren. Wohlfahrtspflege der Zukunft sollte auf freier Wahl und marktwirtschaftlichen Mechanismen beruhen, auf individualisierte Bedürfnisse abgestimmt sein, an Eigenverantwortlichkeit und unternehmerische Kreativität appellieren. Die traditionellen, nationalen, zentralistischen, bürokratischen und auf Zwang beruhenden Strukturen des Wohlfahrtsstaates sind – auch wegen der zunehmenden internationalen Migration und Mobilität – gemäss Rojas ein Anachronismus. Und sie sind nicht reformierbar, weil ihre Weiterexistenz im Interesse des Staates selbst liegt, das heisst im Interesse der Beamtenschaft, der Politiker, der Gewerkschaftsfunktionäre und natürlich auch derjenigen, die die Macht über das Geld- und Finanzsystem besitzen. Denn sie alle gewinnen an der inflationären Kultur der öffentlichen Verschuldung, allerdings auf Kosten der kleinen Sparer, das heisst der Mehrheit der Bevölkerung. Diese wird dadurch – ganz gegen ihre Absichten und zudem zum Nachteil der kommenden Generationen – dazu verführt, das Heil wiederum in neuen sozialstaatlichen Massnahmen und Transferleistungen zu suchen. Der demokratische Mehrheitswille trägt damit – letztlich gegen die Interessen der Bürger – das seine dazu bei, das System am Leben zu erhalten. Natürlich wagt kein Politiker die mögliche Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Sozialstaates anzuzweifeln oder dieses sogar grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn das wäre politischer Selbstmord.

Die wohlstandsschaffende Dynamik des Kapitalismus wurde durch eine zunehmende Sozialdemokratisierung behindert und gebremst. Die dadurch nötig gewordenen Anpassungsinterventionen führten zu immer mehr Problemen und Ungleichgewichten. Jetzt müssen wir, die heute Lebenden, und mehr noch die kommenden Generationen für hohe Staatsquoten, Bürokratisierung und enorme Steuerbelastungen, eingeführt im Namen der «sozialen Gerechtigkeit», die Zeche bezahlen. Genau deshalb ist es wichtig, den Kapitalismus zu rehabilitieren: um Klarheit über die wahren Zusammenhänge zu schaffen und damit, auf der Grundlage von Freiheit und Selbstverantwortung, Marktwirtschaft und ein bürokratisch möglichst unbehindertes Unternehmertum auch in Zukunft Wohlstand für alle zu erzeugen vermögen. ◀